

deutschen Bundesrepublik strebt im Interesse ihrer Ziele nach der führenden Rolle im aggressiven Nordatlantikpakt, um ihn in den Dienst ihrer Kriegspläne zu stellen, die beschleunigte Aufrüstung zu fördern und die Verfügungsgewalt über Kernwaffen im Rahmen einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht zu erlangen.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Ungarische Volksrepublik weisen darauf hin, daß die Schaffung einer multilateralen NATO-Atomstreitmacht und die Einbeziehung Westdeutschlands in diese für die friedliche Entwicklung des internationalen Lebens eine außerordentliche Gefahr bedeutet. Die Festigung des Friedens in Europa und in der Welt erfordert die Verhinderung der Atomaufrüstung und das Aufgeben der Revanchepolitik in Westdeutschland.

Die Ungarische Volksrepublik wendet sich nachdrücklich gegen die sogenannte Hallstein-Doktrin und weist die Anmaßung der Bonner Regierung, ganz Deutschland zu vertreten, als Ausdruck der Revanchepolitik entschieden zurück.

Die Regierung der Ungarischen Volksrepublik schätzt den konsequenten Kampf der Deutschen Demokratischen Republik für die friedliche Regelung der deutschen Frage und ihre Vorschläge zur Annäherung und gegenseitigen Verständigung zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten hoch ein. Unter den Bedingungen der Existenz von zwei deutschen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist eine Verständigung im Sinne der friedlichen Koexistenz zwischen ihnen sowie auch zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin erforderlich. Die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin durch die Bildung gemeinsamer Kommissionen und den Abschluß von Abkommen der Vernunft und des guten Willens zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten und zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin würden ihre Zusammenarbeit schrittweise entwickeln und eine deutsche Konföderation vorbereiten.

Beide Seiten stimmen darüber überein, daß die Interessen des Friedens die Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges, den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt, erfordern.

Die Ungarische Volksrepublik betrachtet die Bereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Westberlin, das inmitten der Deutschen